Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

06.07.2023

Drucksache 18/29862

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 18/28883

zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

 Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/29632

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

hier: Landeselternvertretung im Kita-Bereich

(Drs. 18/28883)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: Petra Högl
Mitberichterstatterin: Julika Sandt

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen.

Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 84. Sitzung am 25. Mai 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Ablehnung SPD: Ablehnung

FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 18/29632 in seiner 102. Sitzung am 6. Juli 2023 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Ablehnung SPD: Ablehnung

FDP: Ablehnung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- 1. In § 1 Nr. 4 wird Art. 14a wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 4 Satz 2 werden die Wörter "der jeweiligen Legislaturperiode des Landtags" durch die Wörter "von zwei Jahren" ersetzt.
 - b) Folgender Abs. 5 wird angefügt:
 - "(5) Das Staatsministerium berichtet dem Landtag nach Ablauf des 31. Januar 2026 über die Umsetzung der Abs. 1 bis 4."
- 2. In § 2 wird als Datum des Inkrafttretens der "1. Januar 2024" eingefügt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 18/29632 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Ablehnung SPD: Ablehnung

FDP: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des endberatenden Ausschusses seine Erledigung gefunden.

Doris Rauscher

Vorsitzende